

Gespräch mit Sören Pellmann von der Partei Die LINKE

*Manche Wörter in diesem Text sind **grün markiert**.

Das bedeutet:

Diese Wörter sind im **Glossar** erklärt.

Das **Glossar** finden Sie am Text-Ende.

Wie stellen Sie sich die inklusive Politik der Zukunft vor?



Eine Politik, die nicht ausgegrenzt.

Politik, die alle mitnimmt.

Egal ob eine Person eine Einschränkung hat oder nicht.

Inklusion bedeutet für mich:

Wir müssen nicht mehr über das reden,
was unterschiedlich ist.

Es läuft einfach.

Ich war mal Lehrer in einer Förder-Schule.

Ich habe Hoffnung:

Wir werden dieses Ziel erreichen.

Was war Ihnen in der Politik besonders wichtig in den letzten 4 Jahren?

Wir von der Partei Die Linke haben uns sehr für Inklusion eingesetzt.

Dafür haben wir mit den Parteien Die Grünen und FDP zusammengearbeitet.

Wir haben viele Anträge gestellt.

Anträge für inklusives Arbeiten.

Für inklusives Lernen in Schule und Vor-Schule.

Für Inklusion in der Ausbildung und im Studium.



Wir haben 10 Anträge zum Thema Inklusion gestellt.

Außerdem war uns das Thema Barriere-Freiheit besonders wichtig.

Bis jetzt gibt es noch viele verschiedene Barrieren:

- ◆ Barrieren bei Gebäuden
- ◆ Barrieren im Internet
- ◆ Barrieren bei Urlaubs-Reisen
- ◆ Barrieren in Bus und Bahn



Für diese Barrieren konnten wir bis jetzt noch keine Lösungen finden.

Wir konnten mit den anderen Parteien zusammen keine Mehrheit dafür finden.

Bis zum Jahr 2019 durften 85.000 Menschen mit Behinderung in Deutschland nicht wählen.

Sie waren von der Wahl ausgeschlossen.



Wir von der Partei die Linke, Die Grünen und FDP haben dagegen geklagt.

Wir haben eine Klage beim Bundes-Verfassungs-Gericht

in Karlsruhe eingereicht.

Das Bundes-Verfassungs-Gericht hat dann entschieden:

Niemand darf von der Wahl ausgeschlossen sein.

Das heißt:

Unsere Klage hatte Erfolg.

Das war schön.

Wie denken Sie über die Behinderten-Politik der deutschen Regierung in den letzten 4 Jahren?

Es gibt jetzt das Budget für Arbeit und das Budget für Ausbildung.

Das ist gut.

Mit einem anderen neuen Gesetz sind wir nicht einverstanden.

Mit dem Bundes-Teilhabe-Gesetz.

Wir finden:

Das Bundes-Teilhabe-Gesetz muss noch verbessert werden.



Finden Sie:

Es muss mehr Menschen mit Behinderung im Bundestag geben?

Oder sagen Sie:

Am wichtigsten ist, dass Menschen mit Behinderung berücksichtigt werden.

Egal, wie viele Politiker und Politikerinnen selbst eine Behinderung haben.

Ich glaube:

Beides ist wichtig.



Für die Partei Die Linke sind 2 Abgeordnete mit Behinderung im Bundestag.

Man sieht ihre Behinderung nicht.

Aber sie haben eine Schwer-Behinderung.

Aber in ihrer Arbeit beschäftigen sie sich nicht mit

Behinderten-Politik.

Sie haben sich andere Themen für ihre politische Arbeit ausgesucht.

Ich glaube:

So ähnlich ist es auch bei den anderen Parteien.

Ich selbst bin ein Politiker ohne Behinderung.

Zuerst dachte ich:

Dann kann ich nicht gut mit Vereinen und Verbänden von Menschen mit Behinderung sprechen.

Weil ich nicht selbst weiß:

Wie fühlt es sich an, mit einer Behinderung zu leben?

Aber:

Ich glaube, auch Menschen ohne Behinderung können gute Politik für Menschen mit Behinderung machen.



Meine beiden Eltern haben eine **Schwer-Behinderung**.
Im **Zivil-Dienst** habe ich mit Menschen mit Behinderung gearbeitet.

Das heißt:

Ich weiß etwas über das Leben von Menschen mit Behinderung.

Darum glaube ich:

Ich kann gute Politik für Menschen mit Behinderung machen.



Aber ich finde:

Wir brauchen auch Politiker und Politikerinnen mit Behinderung.

Darum habe ich mich darum gekümmert.

Auf der Liste der Politiker und Politikerinnen der Partei Die Linke steht jetzt auch ein Mensch mit Behinderung.

Sie sagen:

Werkstätten in West-Deutschland verdienen mehr als Werkstätten in Ost-Deutschland.

Warum ist das so?



Ich war in fast allen Bundes-Ländern in **Werkstätten**.
Früher war Deutschland geteilt.

Das merkt man auch heute noch manchmal.

Werkstätten in West-Deutschland bekommen oft mehr Aufträge als Werkstätten in Ost-Deutschland.

Und mehr Aufträge von großen Firmen.

In Ost-Deutschland bekommen die Werkstätten oft Aufträge von kleinen Firmen.

Dadurch verdienen sie auch weniger als Werkstätten in West-Deutschland.



Die Werkstätten in Ost-Deutschland verdienen weniger Geld als die Werkstätten in West-Deutschland.

Das bedeutet auch:

Die Mit-Arbeiter und Mit-Arbeiterinnen in den Werkstätten verdienen in Ost-Deutschland weniger als in West-Deutschland.

Menschen mit Behinderung verdienen nur sehr wenig Geld für die Arbeit in der Werkstatt.

Menschen auf dem 1. Arbeits-Markt verdienen viel mehr Geld.

Finden Sie: Das muss sich ändern?

Das fordern Menschen mit Behinderung schon lange.

Ich finde:

Sie haben Recht.

Ich finde:

In der Werkstatt bekommen die Mit-Arbeiter und Mit-Arbeiterinnen zu wenig Geld.

Das ist kein echter Lohn.

Das ist nur ein Taschengeld.



Menschen mit Behinderung fordern den Mindest-Lohn in der Werkstatt.

Ich glaube:

Das ist noch ein langer Weg.

Menschen mit Behinderung haben in der Werkstatt besondere Rechte beim Thema Rente.

Sie können früher in Rente gehen.

Früher als Menschen auf dem 1. Arbeits-Markt.

Und die Menschen mit Behinderung finden natürlich:

Das soll auch in Zukunft so bleiben.

Trotzdem wollen Menschen mit Behinderung auch mehr Geld verdienen für ihre Arbeit.

Weil sie finden:

Ihre Arbeit ist wertvoll.

Dafür müssen wir eine Lösung finden.

Bestimmt müssen wir dafür noch viele Gespräche führen.



Bis jetzt arbeiten nur wenige Menschen mit Behinderung auf dem 1. Arbeits-Markt.

Vor allem in kleinen und mittel-großen Firmen sind es zu wenige.

Was denken Sie:

Wie kann man das verändern?

Eigentlich müssen alle Firmen in Deutschland auch Menschen mit Behinderung einstellen.

Aber das passiert noch viel zu selten.

In 43.000 [43 Tausend] Firmen in Deutschland arbeitet kein einziger Mensch mit Behinderung.



Diese Firmen müssen Geld bezahlen.
Weil sie keine Menschen mit Behinderung einstellen.
Dieses Geld nennt man Ausgleichs-Abgabe.
Aber:
Die Ausgleichs-Abgabe ist sehr niedrig.
Ich finde:
Die Ausgleichs-Abgabe muss höher sein.



Es gibt viele Vorurteile über Mit-Arbeiter und Mit-Arbeiterinnen mit Behinderung.
Viele Firmen denken:
Menschen mit Behinderung sind keine guten Mit-Arbeiter und Mit-Arbeiterinnen.
Sie sind oft krank.
Sie können nicht soviel arbeiten wie ein Mensch ohne Behinderung.
Aber das stimmt nicht.



Es gibt viele gute Beispiele.
In vielen Firmen gibt es gute Mit-Arbeiter und Mit-Arbeiterinnen mit Behinderungen.
Von diesen Beispielen können andere Firmen viel lernen.
Dann gibt es in Zukunft weniger Vorurteile.

Letzte Frage:
Wie denken Sie über Inklusion in der Schule?
Und was brauchen wir dafür?



Ich glaube:

In Zukunft wird Inklusion in der Schule gut klappen.

Wir brauchen dann keine Förder-Schulen mehr.

Alle Schüler und Schülerinnen können zusammen in die Schule gehen.

Wichtig ist aber:

Alle Schüler und Schülerinnen müssen guten Unterricht bekommen.

Damit sie gut zusammen lernen können.

Dafür brauchen wir genug Lehrer und Lehrerinnen.

Die Lehrer und Lehrerinnen müssen in Teams unterrichten.

Immer 2 oder 3 Lehrer und Lehrerinnen in einer Klasse.

Nur dann kann man genau gucken:

Was brauchen alle Schüler und Schülerinnen in der Klasse?

Meine eigene Schul-Zeit ist schon lange her.

Seitdem hat sich schon viel verändert.

Es gibt mehr Inklusion seitdem.

Später war ich dann selbst Lehrer an einer Förder-Schule.

In meiner letzten Klasse waren 27 Schüler und Schülerinnen.

7 Schüler und Schülerinnen brauchten viel Unterstützung beim Lernen.

Dafür braucht man ein gutes Team.

Dann kann es klappen.



Wer ist Sören Pellmann?

Sören Pellmann ist Politiker.

Er kommt aus Leipzig.

Er ist Mitglied im Deutschen **Bundestag**.

Er gehört zur Partei DIE LINKE.

Sören Pellmann ist **Behinderten-politischer** Sprecher.

Er setzt sich für **Inklusion** ein.

Glossar

Ausgleichs-Abgabe

Menschen, die einen Job vergeben, sind Arbeit-Geber.

Alle Arbeit-Geber sollen auch Menschen mit

Behinderung einstellen.

Wenn sie das nicht tun, müssen sie Geld bezahlen.

Dieses Geld nennt man Ausgleichs-Abgabe.

Barriere-Freiheit

Barriere-Freiheit heißt:

Es gibt keine Hindernisse.

Zum Beispiel:

Alle Menschen kommen in ein Haus.

Auch Menschen mit Rollstuhl.

Weil es eine Rampe gibt.

Oder:

Alle Menschen können die Informationen verstehen.

Weil sie in Gebärden-Sprache übersetzt werden.

Und in Leichte Sprache.

Barriere-Freiheit ist für alle Menschen gut.

Sie können alle Orte erreichen.

Und sie können alle Informationen verstehen.

Durch mehr Barriere-Freiheit gibt es mehr Teilhabe.

Behinderten-Politik

Behinderten-Politik heißt:

Die Rechte von Menschen mit Behinderung werden gestärkt.

Es soll weniger Hindernisse für Menschen mit Behinderung geben.

Sie sollen überall dabei sein.

Sie bestimmen mit.

Das ist das Ziel von Behinderten-Politik.

Budget für Arbeit

Statt Budget für Arbeit kann man auch Geld für Arbeit sagen.

Durch dieses Geld sollen Menschen mit Behinderung leichter einen Arbeits-Platz auf dem 1. Arbeits-Markt finden.

Sie können aus einer Werkstatt auf den 1. Arbeits-Markt wechseln.

Die Firma muss dann nur einen Teil vom Lohn der Person mit Behinderung bezahlen.

Der Rest wird von dem Geld für Arbeit bezahlt.

Man hofft:

So stellen die Firmen mehr Menschen mit Behinderung ein.

Aber:

Bis jetzt benutzen nur wenige Menschen mit Behinderung das Geld für Arbeit.

Budget für Ausbildung

Budget ist ein anderes Wort für Geld.

Man kann also auch Geld für Ausbildung dazu sagen.

Mit diesem Geld können Menschen mit Behinderung eine Ausbildung auf dem 1. Arbeits-Markt machen.

Die Kosten dafür muss dann nicht die Firma bezahlen.

Sie werden vom Budget für Ausbildung bezahlt.

Bundestag

Im Bundestag arbeiten Politiker und Politikerinnen.

Diese Politiker und Politikerinnen nennt man auch Abgeordnete.

Gerade gibt es 598 Abgeordnete im Deutschen Bundestag.

Die Abgeordneten im Bundestag werden von den Menschen in Deutschland gewählt.

Bei der Bundestags-Wahl.

Die Abgeordneten im Bundestag entscheiden zum Beispiel über neue Gesetze.

Sie stimmen darüber ab.

Der Bundestag wählt den Bundes-Kanzler oder die Bundes-Kanzlerin.

Bundes-Teilhabe-Gesetz

Das Bundes-Teilhabe-Gesetz ist ein Gesetz zu den Rechten von Menschen mit Behinderung.

Die Abkürzung dafür ist BTHG.

In dem Gesetz geht es um die Teilhabe von Menschen mit Behinderung.

Und um Geld.

Es wurde viel über das Gesetz gestritten.

Viele Menschen mit Behinderung sagen über das Bundes-Teilhabe-Gesetz:

Das ist nicht mein Gesetz.

Das Bundes-Teilhabe-Gesetz gilt jetzt seit 2017.

Bundes-Verfassungs-Gericht

Das Bundes-Verfassungs-Gericht ist in Karlsruhe.

Es ist das höchste Gericht in Deutschland.

Jeder Bürger und jede Bürgerin kann zum Bundes-Verfassungs-Gericht nach Karlsruhe gehen.

Und sich über ein Gesetz beschweren.

Das Bundes-Verfassungs-Gericht prüft das dann.

Es prüft:

Passt dieses Gesetz zum deutschen Grund-Gesetz?

Inklusion heißt:

Alle Menschen sind Teil der Gesellschaft.

Alle sind dabei und können mitmachen.

Man hört ihnen zu.

Alle haben die gleichen Rechte.

Alle arbeiten zusammen.

Alle gehen zusammen in die Schule.

Ins Kino.

Oder in den Sport-Verein.

Und alle haben die gleichen Chancen.

Alle haben ein gutes Leben zusammen.

Das ist das Ziel.

Mindest-Lohn

Menschen verdienen mit ihrer Arbeit unterschiedlich viel Geld.

Manche Menschen verdienen viel Geld.

Manche Menschen verdienen wenig Geld.

Mindest-Lohn bedeutet:

Jeder Mensch muss mit seiner Arbeit mindestens 8,50

Euro in einer Stunde verdienen.

Das sind 1.557 Euro im Monat.

Aber:

In Deutschland gibt es nur für manche Berufe einen

Mindest-Lohn.

Es gibt keinen Mindest-Lohn für Arbeit in der Werkstatt.

Schwer-Behinderung

Schwer-Behinderung heißt:

Ein Mensch hat eine schwere Behinderung.

Das kann eine Körper-Behinderung sein.

Es kann eine seelische Behinderung sein.

Oder es können Lern-Schwierigkeiten sein.

Durch die Behinderung hat der Mensch Einschränkungen im Alltag.

Viele Menschen mit einer Schwer-Behinderung haben einen Behinderten-Ausweis.

Verband / Verbände

Verband ist ein anderes Wort für Zusammenschluss.

Menschen und Gruppen tun sich zusammen.

Sie haben das gleiche Ziel.

Sie sprechen sich ab.

Gemeinsam können sie mehr erreichen.

Zum Beispiel:

Gemeinsam können sie sich besser für die Rechte von Menschen mit Behinderung einsetzen.

Werkstatt für Menschen mit Behinderung

Die Abkürzung für Werkstatt für Menschen mit Behinderung ist WfbM.

In einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung arbeiten Menschen mit Behinderung.

Ein Arbeits-Platz in der Werkstatt ist ein geschützter Arbeits-Platz.

Das bedeutet zum Beispiel:

Menschen mit Behinderung können dort nicht gekündigt werden.

Und es heißt:

Menschen mit Behinderung bekommen dort Assistenz bei der Arbeit.

Aber es bedeutet auch:

Menschen verdienen in der Werkstatt nur sehr wenig Geld.

Sie verdienen nicht den Mindest-Lohn.

Zivil-Dienst

Von 1961 bis 2011 mussten Männer in Deutschland sich entscheiden:

Gehen sie für ein Jahr zur Bundes-Wehr oder machen sie Zivil-Dienst?

Bei der Bundes-Wehr wurden sie zu Soldaten ausgebildet.

Im Zivil-Dienst arbeiteten sie mit Menschen.

Zum Beispiel:

- ◆ im Kranken-Haus
- ◆ im Alten-Heim
- ◆ im Kinder-Garten
- ◆ im Wohn-Heim

Dieser Text ist für eine Online-Seite entstanden.
Die Online-Seite hat die Aktion Mensch zusammen mit dem Verein „Sozialheld*innen“ aus Berlin gemacht.
Der Grund dafür:
2021 gibt es die Bundestagswahl.
Die Online-Seite kann man sich hier ansehen:
www.aktion-mensch.de/wahl2021

